

Amtliche Bekanntmachungen



der Technischen Universität Braunschweig

Herausgegeben vom
Präsidenten der TU Braunschweig
Pockelsstraße 14, 3300 Braunschweig
Tel. (0531) 391 - 4111
Telex: 0952526

Redaktion:
Pressestelle der TU
Dipl.-Kfm. Joachim Hoffmann
Anne-Margret Rietz
Haus-Tel. 41 22 / 41 23

AUSHANG

Braunschweig, den 1. Nov. 1982

Betr.: Erlaß einer Wahlordnung für die unmittelbaren Wahlen
zu den Organen der Studentenschaft der Technischen
Universität Braunschweig

Die mit Wirkung vom 22.5.1979 erlassene und in Kraft getretene Wahlordnung der Wahlen zum Studentischen Rat und zu den Fachschaftsräten der Technischen Universität Braunschweig entspricht durch die Neugliederung der Universität gemäß § 160 NHG in 9 Fachbereiche nicht mehr den Erfordernissen der gesetzlichen Vorschriften und muß hinsichtlich der Neubildung von Fachschaften gemäß § 50 (4) NHG und auf Grund von Bedenken des Herrn Niedersächsischen Ministers f. Wissenschaft u. Kunst hinsichtlich der Anpassung an allgemeine Wahlgrundsätze geändert werden.

Trotz mehrmaliger Aufforderung ist die Studentenschaft der hiesigen Universität nicht bereit, die erforderlichen Änderungen vorzunehmen und eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Wahlordnung im Studentischen Rat zu beschließen.

Um eine rechtmäßige Grundlage für die unmittelbar bevorstehenden Wahlen zu den Organen der Studentenschaft der hiesigen Universität zu schaffen, bin ich nunmehr verpflichtet, die anliegende Wahlordnung für die unmittelbaren Wahlen zu den Organen der Studentenschaft der Technischen Universität Braunschweig als Rechtsaufsicht im Wege der Ersatzvornahme gemäß § 50 (2) i. V. m. § 76 (4) NHG zu erlassen und mit sofortiger Wirkung in Kraft zu setzen.

Gleichzeitig setze ich die am 21.5.1979 hochschulöffentlich bekanntgemachte und mit Bescheiden vom 31.5.1979 und 4.11.1980 geänderte Wahlordnung der Wahlen zum Studentischen Rat und zu den Fachschaftsräten der Technischen Universität Braunschweig außer Kraft.

Der Präsident



Wahlordnung

für die unmittelbaren Wahlen zu den Organen
der Studentenschaft der Technischen Universität,
Braunschweig

§ 1

Geltungsbereich, Wahlverfahren

- (1) Die Vorschriften dieser Wahlordnung gelten für die Wahlen zu den nachstehend aufgeführten Organen der Studentenschaft der Technischen Universität Braunschweig:
 1. Studentenparlament
 2. Fachschaftsräte
 3. Fachräte
- (2) Die Studierenden wählen ihre Vertreter in den Organen je gesondert in freier, gleicher, geheimer und direkter Wahl.
- (3) Es wird nach den Grundsätzen der mit der Personenwahl verbundenen Listenwahl gewählt.
- (4) Die unmittelbaren Wahlen zu den Organen der Studentenschaft sollen mit den unmittelbaren Wahlen zu den Kollegialorganen der Hochschule verbunden werden.

Die Wahlen sollen als verbundene Wahlen gleichzeitig vorbereitet und durchgeführt werden. Der Wahlzeitraum soll in der Vorlesungszeit des Wintersemesters liegen und zu Beginn des Wintersemesters festgelegt werden.

§ 2

Wahlausschüsse

- (1) Das Studentenparlament wählt den Übergeordneten Wahlausschuß (ÜGWA), der sich aus fünf Studierenden und fünf Abwesenheitsvertretern zusammensetzt.
- (2) Der ÜGWA überwacht unbeschadet der Zuständigkeit des Wahlleiters die Ordnungsmäßigkeit der Wahlen und ist für diese Wahlen verantwortlich. Er entscheidet Zweifelsfragen bei der Wahlhandlung und Stimmenauszählung, stellt das Wahlergebnis fest und entscheidet über Wahlentsprüche.
- (3) Jede Fachschaft wählt einen Fachschaftswahlausschuß (FSWA), der sich aus drei Studierenden und drei Abwesenheitsvertretern zusammensetzt.
- (4) Jede Fachgruppe wählt einen Fachgruppenwahlausschuß (FGWA), der sich aus drei Studierenden und drei Abwesenheitsvertretern zusammensetzt.
- (5) Der ÜGWA, die FSWA und FGWA können für die Beaufsichtigung der Wahlhandlung sowie für die Auszählung Wahlhelfer bestellen.

- (6) Bewerber um einen Sitz in den Organen der Studentenschaft dürfen weder in einem Wahlausschuß tätig sein noch als Wahlhelfer herangezogen werden.
- (7) Die Wahlausschüsse sind beschlußfähig, wenn mindestens mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen der anwesenden Mitglieder gefaßt.

§ 3

Konstituierende Sitzung, Wahl des Vorstandes

- (1) Der Präsident des Studentenparlaments beruft den OGWA zu seiner konstituierenden Sitzung ein, die spätestens zwei Wochen nach Vorlesungsbeginn stattfinden muß und leitet sie, bis der OGWA aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter gewählt hat.

Der Wahlleiter ist zu dieser Sitzung einzuladen.

- (2) Das Geschäftszimmer des OGWA befindet sich in den Geschäftsräumen des AStA.

§ 4

Wahlleiter

- (1) Wahlleiter ist der Kanzler.
- (2) Der Wahlleiter hat das Recht und die Pflicht, an den Sitzungen des OGWA teilzunehmen oder einen Beauftragten zu diesen Sitzungen zu entsenden. Der Wahlleiter hat den Zeitplan und die Sitzungen des OGWA mit dessen Vorsitzenden vorzubereiten, Entscheidungsvorschläge vorzulegen sowie die Sitzungsniederschriften fertigen zu lassen und die Bekanntmachung und Durchführung der Beschlüsse zu veranlassen.
- (3) Die Kosten der Wahl trägt das Land.

§ 5

Wahlbereiche

- (1) Jede Fachschaft bildet einen Wahlbereich.
- (2) Wahlvorschläge können sich nur auf einen Wahlbereich beziehen. In diesem Wahlbereich müssen alle Bewerber des Wahlvorschlags wahlberechtigt sein.

§ 6

Aufstellung des Wählerverzeichnis

- (1) Wählen und gewählt werden darf, wer ordnungsgemäß immatrikuliert und in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.
- (2) Der Wahlleiter hat zu Beginn der Vorlesungszeit des Wintersemesters, in dem eine Wahl stattfindet, alle Studierenden, die nach Absatz 1 zu dieser Wahl wahlberechtigt sind, in ein Wählerverzeichnis eintragen zu lassen.

- (3) Das Wählerverzeichnis ist nach Fachschaften zu gliedern. Das Wählerverzeichnis muß den Familien- und Vornamen, die Matrikelnummer, den Fachbereich und den Studiengang bzw. -gänge der Wahlberechtigten nennen.
- (4) Die Studiengänge sind den Fachschaften wie nachstehend aufgeführt zugeordnet:

Fachschaft für Mathematik, Informatik u. Wirtschaftswissenschaften

Mathematik
Informatik
Wirtschaftswissenschaften

Fachschaft für Physik und Geowissenschaften

Physik
Mineralogie
Geographie

Fachschaft für Chemie, Pharmazie und Biowissenschaften

Chemie
Pharmazie
Biologie
Psychologie
Sport

Fachschaft für Architektur

Architektur

Fachschaft für Bauingenieur- und Vermessungswesen

Bauingenieurwesen
Vermessungswesen

Fachschaft für Maschinenbau

Maschinenbau

Fachschaft für Elektrotechnik

Elektrotechnik

Fachschaft für Philosophie und Sozialwissenschaften

Philosophie
Pädagogik
Germanistik
Anglistik
Romanistik
Geschichte
Politikwissenschaften

Fachschaft Erziehungswissenschaften

Grund- und Hauptschulen

- (5) Wer Mitglied mehrerer Fachbereiche ist, kann durch eine Zugehörigkeitserklärung gegenüber dem Wahlleiter bestimmen, in welcher Fachschaft und innerhalb dieser, in welcher Fachgruppe er sein Wahlrecht ausüben will.

Zunächst erfolgt die Zuordnung des Fachbereichs und der Fachgruppe im Wählerverzeichnis nach dem Ausdruck des ersten Studienganges im Studentenausweis.

Der OGWA kann unter Fristsetzung zur Abgabe einer Zugehörigkeitserklärung gegenüber dem Wahlleiter auffordern. Liegt nach Ablauf der Frist eine Zugehörigkeitserklärung nicht vor, verbleibt es bei der im Wählerverzeichnis bezeichneten Zuordnung.

Ein Antrag auf nachträgliche Eintragung (§ 7) gilt als Zugehörigkeitserklärung.

- (6) Das Wählerverzeichnis ist zusammen mit dem Text der Wahlordnung mindestens an einer Stelle, die durch die Wahlausschreibung bekannt gegeben wird, zur Einsichtnahme auszulegen. In der Wahlausschreibung sind die Wahlberechtigten unter Mitteilung des Auslegungszeitraums und des Auslegungsortes zur Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis aufzufordern; dabei ist auf die Absätze 1, 4, 6, 7 und 9 sowie auf § 7 Abs. 1, die in einer Anlage zur Wahlausschreibung abzdrukken sind, hinzuweisen. Der Auslegungszeitraum muß mindestens die Woche nach Bekanntgabe der Wahlausschreibung umfassen.

- (7) Gegen den Inhalt der Eintragung oder gegen eine Nichteintragung in das Wählerverzeichnis kann jeder Wahlberechtigte schriftlich Einspruch beim OGWA oder beim Wahlleiter einlegen. Wird gegen die Eintragung Dritter Einspruch erhoben, sind diese vom OGWA über den Einspruch zu unterrichten und im weiteren Verfahren zu beteiligen. Die Einspruchsfrist darf frühestens 8 Wochen vor dem ersten Tag des Wahlzeitraumes, aber nicht vor Ablauf des Auslegungszeitraumes enden und ist mit den Stellen, bei denen der Einspruch einzureichen ist, in der Wahlausschreibung bekanntzugeben. Legt ein Wahlberechtigter wegen einer Eintragung, die ihn selbst betrifft, Einspruch ein, so kann der Wahlleiter dem Einspruch durch eine vorläufige Entscheidung abhelfen. Der OGWA soll spätestens am dritten Vorlesungstage nach Ablauf der Einspruchsfrist zur endgültigen Entscheidung über die Einsprüche zusammentreten. Die Entscheidungen sind den Einsprucherhebenden sowie den zu beteiligenden Dritten durch den Wahlleiter mitzuteilen, wenn die vorläufige Entscheidung des Wahlleiters, der dem Einspruch abgeholfen hatte, nicht lediglich bestätigt wird.

- (8) Nach der Entscheidung über die Einsprüche stellt der Wahlausschuß das Wählerverzeichnis fest. Das festgestellte Wählerverzeichnis ist die maßgebliche Grundlage für den Nachweis der Wählbarkeit. Wer nach Ablauf der Einspruchsfrist immatrikuliert wird, ist nicht wählbar.

- (9) In das Wählerverzeichnis kann auch nach Beendigung der Auslegungsfrist jeder Studierende der Hochschule Einblick nehmen.

§ 7

Nachträgliche Eintragung in das Wählerverzeichnis

- (1) Für die Ausübung des aktiven Wahlrechts ist das festgestellte Wählerverzeichnis vom Wahlleiter oder auf Grund von Anträgen, die bis zu einem in der Wahlbekanntmachung festgesetzten Zeitpunkt eingehen, durch nachträgliche Eintragungen fortzuschreiben. Die Frist für nachträgliche Eintragungen darf frühestens mit dem siebenten Tage vor Beginn des Wahlzeitraumes enden. Wer nach Ablauf dieser Frist immatrikuliert wird, ist nicht wahlberechtigt. Nachträgliche Eintragung in das Wählerverzeichnis kann auch die Änderung der Fachbereichs- oder Fachgruppenzugehörigkeit betreffen.
- (2) Über die nachträgliche Eintragung entscheidet der Wahlleiter. Er hat den ÜGWA darüber zu unterrichten. Dieser kann die Entscheidung des Wahlleiters durch eine eigene Entscheidung aufheben und ersetzen.
- (3) Über die nachträgliche Eintragung kann der Wahlleiter den betreffenden Wahlberechtigten einen Wahlschein erteilen, wenn das für den Nachweis der Wahlberechtigung bei der Abstimmung zweckmäßig ist. Der Wahlschein muß die Angaben des Wählerverzeichnisses über den Wahlberechtigten enthalten.
- (4) Das Wählerverzeichnis kann vom Wahlleiter jederzeit berichtigt werden, wenn es unwesentliche Fehler, Unstimmigkeiten oder Schreibversehen enthält. Die Berichtigung ist als solche kenntlich zu machen und mit Datum und Unterschrift des Wahlleiters oder eines von ihm Beauftragten zu versehen.

§ 8

Wahlberechtigungsschein

- (1) Mit dem Studentenausweis erhält jede / jeder Wahlberechtigte eine Wahlberechtigung, die mit dem Studentenausweis verbunden ist.
- (2) Der Antrag auf Übersendung von Briefwahlunterlagen wird der / dem Studierenden durch die Post übersandt.

§ 9

Wahlausschreibung

- (1) Der ÜGWA hat die Wahl durch eine Wahlausschreibung im Einvernehmen mit dem Wahlleiter öffentlich bekanntzumachen. Die Wahlausschreibung muß angeben:
 1. Die zu wählenden Organe der Studentenschaft.
 2. Den vom ÜGWA festgelegten Wahlzeitraum.
 3. Die Aufforderung zur Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis mit dem Hinweis auf die Möglichkeit, Einspruch einzulegen, auf die Einspruchsfrist sowie auf Ort und Zeit für die Abgabe von Einsprüchen.
 4. Die Frist für nachträgliche Eintragungen nach § 7 Abs. 1.
 5. Die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen nach § 10 Abs. 2 u. 3 unter Angabe der auf die einzelnen Gruppen entfallenden Sitze und der Wahlbereiche.

- (2) Mit der Wahlausschreibung können andere öffentliche Bekanntmachungen verbunden werden, insbesondere die Form öffentlicher Bekanntmachungen, der Hinweis auf die Möglichkeit der Briefwahl.
- (3) Die Wahlausschreibung kann in Teilen nacheinander veröffentlicht werden. Alle nach Abs. 1 notwendigen Bekanntmachungen sollen 5 Wochen vor dem ersten Tag des Wahlzeitraumes öffentlich bekanntgemacht sein.

§ 10

Einreichung von Wahlvorschlägen

- (1) Der Wahl liegen Wahlvorschläge zugrunde, die mehrere Bewerber (Listenwahlvorschläge) oder einen Bewerber (Einzelwahlvorschläge) benennen können. Jeder Wahlvorschlag darf sich nur auf die Wahl eines Organs und auf einen Wahlbereich beziehen.
- (2) Die Wahlvorschläge sind beim OGWA einzureichen. Die Einreichungsfrist darf nicht vor einer Woche nach Bekanntmachung der Wahlausschreibung und nicht später als zwei Wochen vor dem ersten Tag des Wahlzeitraumes enden.
- (3) Der OGWA hat in der Wahlausschreibung zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern. Dabei ist die Einreichungsfrist und die Stelle für die Einreichung von Wahlvorschlägen anzugeben. Auf die Vorschriften der Absätze 1, 2, 4 bis 8 und § 11 Abs. 1 und 3 über Form und Inhalt von Wahlvorschlägen, die in einer Anlage zur Wahlausschreibung abzdrukken sind, ist hinzuweisen.
- (4) Die Bewerber müssen in den Wahlbereichen, in denen sie aufgestellt sind, wahlberechtigt sein. Die Wahlberechtigung kann nur durch das festgestellte Wählerverzeichnis nachgewiesen werden. Jeder Bewerber darf für die Wahl desselben Organs nur auf je einem Wahlvorschlag benannt werden. Die Bewerbung eines mit seinem Einverständnis auf mehreren Wahlvorschlägen seines Wahlbereiches genannten Bewerbers gilt nur für den von ihm bis zum Ablauf der Einreichungsfrist bezeichneten Wahlvorschlag, sonst für den zuletzt eingereichten Wahlvorschlag; bei gleichzeitigem Eingang der Wahlvorschläge entscheidet das Los entsprechend § 14 (2).
- (5) Der Wahlvorschlag muß die Bewerber in einer deutlichen Reihenfolge mit Namen, Vornamen, Fachschaftszugehörigkeit und Angabe der Fachgruppe, in der der Bewerber studiert, aufführen. Anschrift, Geburtsdatum können hinzugefügt werden. Sie sind auf Anforderung des OGWA auch noch nach Zulassung des Wahlvorschlages hinzuzufügen, wenn das notwendig ist um Verwechslungen zu verhindern. Der Wahlvorschlag muß die Erklärung enthalten, daß alle Bewerber mit der Kandidatur einverstanden sind und für den Fall ihrer Wahl diese annehmen wollen. Der Wahlvorschlag ist von allen Bewerbern eigenhändig zu unterzeichnen. Es kann ein Kennwort angegeben werden, unter dem der Wahlvorschlag in der Wahlbekanntmachung und auf dem Stimmzettel geführt werden soll.

- (6) In jedem Wahlvorschlag soll ein Vertrauensmann unter Angabe seiner Anschrift und möglichst auch seiner Fernsprechnummer benannt werden. Diese / r muß Studierende / r, nicht aber selbst Bewerber / in sein. Falls keine besondere Benennung erfolgt, gilt der in der Reihenfolge an erster Stelle genannte Bewerber als Vertrauensmann des Wahlvorschlags. Der Vertrauensmann ist als Vertreter aller Bewerber zur Abgabe und zum Empfang von Erklärungen gegenüber dem ÜGWA oder dem Wahlleiter berechtigt.
- (7) Für den Fall einer Listenwahl können die Bewerber von Einzelwahlvorschlägen eines Wahlbereichs aufgrund gemeinsamer Erklärungen gegenüber dem Wahlleiter eine Listenverbindung eingehen. Die entsprechenden Erklärungen müssen spätestens am dritten Vorlesungstag nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge beim ÜGWA eingegangen sein. Wahlvorschläge, die verschiedene Wahlbereiche einer Gruppe betreffen, können Listenverbindungen durch übereinstimmende Erklärungen in den Wahlvorschlägen eingehen.
- (8) Jeder Wahlberechtigte hat das Recht, eingegangene Wahlvorschläge zu den üblichen Dienststunden bei der vom ÜGWA bestimmten Stelle einzusehen.

§ 11

Zulassung der Wahlvorschläge

- (1) Der ÜGWA vermerkt auf jedem eingereichten Wahlvorschlag Tag und Uhrzeit des Eingangs. Er prüft die Wahlvorschläge auf ihre Ordnungsmäßigkeit sowie Vollständigkeit und hat auf Mängel hinzuweisen. Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist können Wahlvorschläge zurückgenommen, geändert oder ergänzt werden.
- (2) Der Wahlausschuß soll spätestens am dritten Vorlesungstag nach Ablauf der Einreichungsfrist über die Zulassung oder Nichtzulassung der Wahlvorschläge entscheiden.
- (3) Nicht zuzulassen sind Wahlvorschläge, die
 1. nicht bis zum festgesetzten Termin eingereicht sind,
 2. nicht erkennen lassen, für welche Wahl oder für welchen Wahlkreis sie bestimmt sind,
 3. die Bewerber nicht eindeutig bezeichnen,
 4. die Einverständniserklärungen oder Unterschriften der Bewerber nicht enthalten,
 5. Bewerber aufführen, die nach dem festgestellten Wählerverzeichnis im betreffenden Wahlbereich nicht wählbar sind,
 6. Bedingungen oder Einschränkungen enthalten.Soweit die Nichtzulassungsgründe sich nur auf einzelne Bewerber eines Listenwahlvorschlags beziehen, sind nur diese nicht zuzulassen und aus dem Wahlvorschlag zu streichen.
- (4) Läßt der ÜGWA einen Wahlvorschlag ganz oder teilweise nicht zu, so hat der Wahlleiter unverzüglich den Vertrauensmann dieses Wahlvorschlags unter Angabe der Gründe schriftlich zu unterrichten.

§ 12

Entscheidung des OGWA für die Wahlbekanntmachung

- (1) Liegen für eine Fachgruppe oder eine Fachschaft nur Einzelwahlvorschläge oder nur ein Listenwahlvorschlag vor, so hat der OGWA festzustellen, daß in der betreffenden Fachschaft bzw. Fachgruppe nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl zu wählen ist. In allen anderen Fällen findet Listenwahl statt.
- (2) Der OGWA legt die Wahlräume für die einzelnen Wahlbereiche und die Tageszeiten fest, zu denen während des Wahlzeitraumes die Stimmabgabe möglich ist.
- (3) Der OGWA hat im Einvernehmen mit dem Wahlleiter durch einen Nachtrag zur Wahlausschreibung diese ganz oder teilweise zu wiederholen, insbesondere erneut zur Einreichung von Wahlvorschlägen für einzelne Wahlbereiche (Fachschaften) und Fachgruppen aufzufordern, wenn
 1. die Zahl der Bewerber aller Wahlvorschläge die Zahl der Sitze im Studentenparlament, einer Fachschaft oder einer Fachgruppe unterschreitet oder
 2. sonst eine Nachwahl nach § 18 (7) notwendig würde.

Die bisher eingereichten zugelassenen Wahlvorschläge brauchen nicht nochmals eingereicht zu werden, können aber innerhalb der neuen Wahlvorschlagsfrist geändert werden. Im Falle des Satzes 1 Nr. 1 ist nur einmal durch einen Nachtrag zur Wahlausschreibung erneut zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufzufordern; mit der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen ist der Hinweis zu verbinden, daß die Wahl nur durchgeführt wird, wenn die Zahl der Bewerber mehr als die Hälfte der Zahl der zu wählenden Mitglieder beträgt.

§ 13

Wahlbekanntmachung

- (1) Der OGWA veröffentlicht in der Wahlbekanntmachung
 1. die Aufforderung zur Stimmabgabe mit dem Hinweis auf den Wahlzeitraum, die Wahlräume und die Tageszeiten für die Stimmabgabe,
 2. die Regelungen für die Stimmabgabe und die Briefwahlanträge und mit einem Hinweis auf die §§ 14 bis 16, die als Anlage der Wahlbekanntmachung abzudrucken sind,
 3. die zugelassenen Wahlvorschläge,
 4. die Feststellungen des OGWA nach § 12 Abs. 1.
- (2) Die Wahlbekanntmachung soll mindestens eine Woche vor dem 1. Tag des Wahlzeitraumes öffentlich bekanntgemacht werden. Erfolgt die öffentliche Bekanntmachung durch Aushang, so darf der Aushang erst nach Ablauf der für die Durchführung der Wahl festgesetzten Zeit enden.

§ 14

Stimmzettel

- (1) Die Stimmzettel sind gesondert für die Wahl jedes Organs der Studentenschaft sowie getrennt für jeden Wahlbereich herzustellen

und müssen eine entsprechende Überschrift tragen. Bei Wahlvorschlägen, die mit einem Kennwort versehen sind, ist das Kennwort auf den Stimmzetteln anzugeben. Die Stimmzettel sind mit dem Stempel des OGWA zu versehen. Der Stempel kann gedruckt sein.

- (2) Bei Listenwahl sind auf dem Stimmzettel die Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihres Eingangs abzudrucken. Bei gleichzeitigem Eingang entscheidet das durch den Vorsitzenden des OGWA zu ziehende Los. Innerhalb eines Listenwahlvorschlags sind die Namen und Vornamen der Bewerber entsprechend der Reihenfolge im eingereichten Wahlvorschlag aufzuführen. Der Stimmzettel muß Raum für das Ankreuzen der einzelnen Bewerber des Listenwahlvorschlags vorsehen.
- (3) Bei Mehrheitswahl sind alle Bewerber auf dem Stimmzettel in alphabetischer Reihenfolge und gegebenenfalls mit dem Kennwort als Zusatz aufzuführen. Bei jedem Bewerber ist Raum für das Ankreuzen vorzusehen.
- (4) Auf dem Stimmzettel ist deutlich darauf hinzuweisen, wieviel Bewerber höchstens anzukreuzen sind. Bei Listenwahl ist zusätzlich darauf hinzuweisen, daß die Stimme für einen Bewerber auch zugunsten der gesamten Liste gezählt wird.

§ 15

Stimmabgabe

- (1) Jeder Wahlberechtigte hat seine Stimme auf dem Stimmzettel durch Ankreuzen oder auf andere Weise an der neben dem Namen jeden Bewerbers dafür vorgesehenen Stelle persönlich abzugeben. Jeder Wähler hat nur eine Stimme.
- (2) Es ist sicherzustellen, daß der Wähler den Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnet und abgibt. Entsprechende Vorkehrungen hat der OGWA in Abstimmung mit den FSWA und FGWA zu treffen. Für die Aufnahme der Stimmzettel sind Wahlurnen zu verwenden. Vor Beginn der Stimmabgabe sind die leeren Wahlurnen so zu verschließen, daß die gefalteten Stimmzettel nur durch einen Spalt in den Deckel eingeworfen werden können. Für die einzelnen Wahlbereiche sind getrennte Wahlurnen zu verwenden, es sei denn, daß die äußere Kennzeichnung der Stimmzettel Verwechslungen ausschließt.
- (3) Solange der Wahlraum zur Stimmabgabe geöffnet ist, müssen mindestens zwei Mitglieder des Wahlausschusses oder der Fachschaftswahlausschüsse und Fachgruppenwahlausschüsse im Wahlraum anwesend sein (Aufsichtsführende). Ein Exemplar dieser Wahlordnung soll zur Einsichtnahme im Wahlraum ausliegen.
- (4) Vor Abgabe des Stimmzettels haben die Wahlberechtigten durch Übergabe ihres Wahlberechtigungsscheines gegenüber dem Wahlvorstand ihre Wahlberechtigung nachzuweisen. Außerdem muß sich der Wahlberechtigte auf Verlangen der Aufsichtsführenden durch einen amtlichen Lichtbildausweis ausweisen.

Der Verlust eines Wahlberechtigungsscheines ist dem Wahlleiter anzuzeigen. Ein zweiter Wahlberechtigungsschein darf ausgestellt werden, wenn der Wahlberechtigte nachweist, daß er den Wahlberechtigungsschein nicht erhalten hat oder daß dieser ihm abhanden gekommen ist und daß er das Wahlrecht noch nicht ausgeübt hat. Der Wahlberechtigte kann diesen Nachweis durch eine eidesstattliche Versicherung gegenüber dem Wahlleiter oder einem besonders dafür ermächtigten Beamten führen. Werden abhanden gekommene Wahlberechtigungsscheine wieder aufgefunden, so sind sie beim Wahlleiter abzugeben.

- (5) Wird die Wahlhandlung unterbrochen oder wird das Ergebnis nicht unmittelbar nach Stimmabgabe festgestellt, ist die Wahlurne zu verschließen. Der OGWA stellt im Benehmen mit dem Aufsichtsführenden sicher, daß die Wahlurne bei einem sich über mehrere Tage erstreckenden Wahlzeitraum jeweils außerhalb der Abstimmungszeit verwahrt wird. Zu Beginn und bei Wiedereröffnung der Wahl und bei der Entnahme der Stimmzettel zur Auszählung haben sich mindestens 2 Aufsichtsführende davon zu überzeugen, daß der Verschluß der Wahlurnen unversehrt ist.
- (6) Der Wahlraum muß allen dort Wahlberechtigten zugänglich sein. Im Wahlraum ist jede Beeinflussung der Wähler durch Wort, Ton, Schrift oder Bild verboten. Das gilt nicht für Bekanntmachungen des OGWA oder des Wahlleiters. Die Aufsichtsführenden ordnen bei Andrang den Zutritt zum Wahlraum und sorgen im übrigen dafür, daß während der Wahlhandlung jede unzulässige Wahlbeeinflussung unterbleibt.
- (7) Nach Ablauf der für die Stimmabgabe festgesetzten Tageszeit dürfen nur noch die Wahlberechtigten abstimmen, die sich zu diesem Zeitraum im Wahlraum befinden. Der Zutritt zum Wahlraum ist solange zu sperren, bis die Anwesenden ihre Stimme abgegeben haben.

§ 16

Briefwahl

- (1) Jeder Wahlberechtigte kann von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch machen, wenn er das beim Wahlleiter in der durch die Wahlbekanntmachung festgesetzten Frist persönlich oder schriftlich beantragt. Die Frist darf frühestens mit dem siebenten Tage vor Beginn des Wahlzeitraumes enden. Die Wahlberechtigung ist auf Grund eines vorgelegten oder zugesandten amtlichen Ausweises zu prüfen. Nachdem in das Wählerverzeichnis ein Briefwahlvermerk aufgenommen ist, sind die Briefwahlunterlagen auszuhändigen oder zuzusenden. Briefwahlunterlagen sind:
Die Stimmzettel mit je einem Stimmzettelumschlag, der die gewählten Organe erkennen läßt,
der Wahlschein,
der Wahlbrief und
die Briefwählerläuterung.

Einem anderen als dem Wahlberechtigten persönlich dürfen die Briefwahlunterlagen nur ausgehändigt oder zugesandt werden, wenn eine schriftliche Empfangsvollmacht übergeben wird.

- (2) Der Wähler gibt bei der Briefwahl seine Stimmen in der Weise ab, daß er für jede Wahl einen Stimmzettel persönlich und unbeobachtet kennzeichnet und in dem dafür vorgesehenen Stimmzettelumschlag verschließt. Mit einer entsprechenden Erklärung und dem Wahlschein sind die Stimmzettelumschläge persönlich dem Wahlleiter abzugeben oder im Wahlbriefumschlag zuzusenden.
- (3) Die Stimmabgabe ist rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief dem Wahlleiter bis zum Ablauf der für die Stimmabgabe festgesetzten Tageszeit zugegangen ist. Auf dem Wahlbriefumschlag ist der Tag des Eingangs, bei Eingang am letzten Wahltag auch die Uhrzeit zu vermerken. Verspätet eingehende Wahlbriefumschläge hat der Wahlleiter mit einem Vermerk über den Zeitpunkt des Eingangs ungeöffnet zu den Wahlunterlagen zu nehmen.
- (4) Der OGWA hat dafür zu sorgen, daß in Gegenwart von mindestens zwei Aufsichtsführenden während des Wahlzeitraumes die ordnungsgemäße Briefwahl geprüft und im Wählerverzeichnis vermerkt wird und daß die Stimmzettel ohne Einsichtnahme in eine allgemein verwendete Wahlurne gebracht werden.
- (5) Die Stimmzettel sind nicht in die Wahlurne zu bringen und eine Stimme gilt als nicht abgegeben, wenn
 1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
 2. der Wähler nicht im Wählerverzeichnis als Briefwahlberechtigter vermerkt ist,
 3. dem Wahlbrief kein gültiger Wahlschein oder Wahlberechtigungsschein beigelegt ist,
 4. die Erklärung entsprechend Absatz 2 fehlt,
 5. der Briefwähler gegen die Briefwahlregeln verstoßen hat und deswegen nicht sichergestellt ist, daß sein Stimmzettel ohne vorherige Einsichtnahme in die Wahlurne gebracht werden kann.
- (6) Die Hochschule hat den Briefwähler von Portokosten des innerdeutschen Postverkehrs freizustellen.

§ 17

Auszählung

- (1) Der OGWA, FSWA und FGWA haben unverzüglich nach Abschluß der Stimmabgabe die in ihrem Bereich abgegebenen Stimmen unter Hinzuziehung von Wahlhelfern zu zählen. Zunächst ist die Zahl der in den Urnen enthaltenen Stimmzettel - gesondert nach Wahlbereichen - mit der Anzahl der vorhandenen Wahlberechtigungsscheine zu vergleichen. Ist die Zahl der Stimmzettel höher als die vorliegenden Wahlberechtigungsscheine, hat der OGWA bei der Feststellung des Wahlergebnisses festzustellen, ob die Zahl der unzulässig abgegebenen Stimmzettel Einfluß auf die Sitzverteilung gehabt haben könnte. Ist eine solche Beeinflussung des Wahlergebnisses denkbar, ist nach § 18 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 und 3 der Nds. Hochschulwahlverordnung zu verfahren..

- (2) Die auf jeden Wahlvorschlag entfallenden gültigen Stimmen werden zusammengezählt. Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel
 1. nicht den OGWA-Stempel enthält,
 2. keinen Stimmabgabevermerk enthält,
 3. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei ergibt,
 4. einen Vorbehalt enthält oder durch einen Zusatz gegen den Grundsatz der geheimen Wahl verstößt.
- (3) Stimmzettel, die Anlaß zu Bedenken geben, sind dem OGWA zur Entscheidung zu übergeben. Der OGWA entscheidet, ob und wie der Stimmzettel zu zählen ist und bestätigt oder berichtigt entsprechend dieser Entscheidung das Zählergebnis. Diese Stimmzettel sind mit fortlaufender Nummer zu versehen und von den übrigen Stimmzetteln gesondert bei den Wahlunterlagen aufzubewahren.
- (4) Nach Abschluß der Auszählung sind die Niederschriften über die Wahlhandlung und die Auszählung sowie die Ausfertigungen oder Auszüge aus dem Wählerverzeichnis, die Wahlscheine, Wahlberechtigungs-scheine und die Stimmzettel unverzüglich dem OGWA zu übergeben.

§ 18

Feststellung des Wahlergebnisses

- (1) Der OGWA stellt auf Grund der Zählergebnisse, die er überprüfen kann, als Wahlergebnis gesondert für jeden Wahlbereich fest:
 1. Die Zahl der Wahlberechtigten,
 2. die Zahl der Wähler,
 3. die Zahl der ungültigen Stimmzettel,
 4. die Zahl der gültigen Stimmen,
 5. die Zahl der Stimmen, die auf die einzelnen Wahlvorschläge insgesamt und auf die einzelnen Bewerber entfallen sind,
 6. die gewählten Vertreter und Ersatzleute,
 7. das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen der Wahl.
- (2) Bei Listenwahl werden die einer Gruppe zustehenden Sitze den einzelnen Wahlvorschlägen aller Wahlbereiche einer Gruppe nach der Reihenfolge der Höchstzahlen zugeteilt, die sich durch Vollrechnung, Halbteilung, Drittelung, usw. der Zahl der für die einzelnen Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen ergeben (d'Hondt). Die danach einem Listenwahlvorschlag zustehenden Sitze erhalten die Bewerber dieses Wahlvorschlages, die die höchste Stimmenzahl erreicht haben nach der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl. Sind auf einen Wahlvorschlag mehr Sitze entfallen als Bewerber benannt sind, so werden die freien Sitze unter Fortführung der Berechnung nach Satz 1 auf die übrigen Wahlvorschläge verteilt. Bewerber eines Listenwahlvorschlages, die keinen Sitz erhalten, sind nach der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl Ersatzleute und rücken für die gewählten Bewerber nach, wenn diese vorzeitig aus dem betreffenden Organ ausscheiden. Bei gleicher Stimmenzahl und, wenn auf mehrere Bewerber keine Stimme entfallen ist, entscheidet die Reihenfolge der Bewerber innerhalb eines Listenwahlvorschlages. Wenn eine Liste ausgeschöpft ist, rückt der erste Ersatzmann des Wahlvorschlages nach, auf den nach Satz 1 ein weiterer Sitz entfallen würde.

- (3) Listenverbindungen sind als Listenwahlvorschlag zu behandeln. Die einer Listenverbindung zustehenden Sitze werden im Falle des § 10 Abs. 7 Satz 3 den einzelnen beteiligten Wahlvorschlägen nach Absatz 2 Satz 1 zugeteilt, bei gleicher Höchstzahl hat der Wahlvorschlag den Vorrang, der sonst keinen Sitz erhielte; innerhalb der beteiligten Listenwahlvorschläge gilt Absatz 2 Satz 2 bis 6. Bei gleicher Stimmenzahl für mehrere Bewerber einer Listenverbindung nach § 10 Abs. 7 Satz 1 entscheidet das Los.
- (4) Bei Mehrheitswahl werden die der Gruppe zustehenden Sitze auf die Bewerber aller Wahlbereiche der Gruppe nach der Reihenfolge der auf sie entfallenden Stimmen mit der höchsten Stimmenzahl beginnend verteilt. In gleicher Weise werden die Ersatzleute bestimmt. Abs. 2 Satz 4 gilt entsprechend.
- (5) Wahlvorschläge, die keine Stimme erhalten haben, sind bei der Sitzverteilung und beim Nachrücken nicht zu berücksichtigen. Wenn in den Fällen der Absätze 2 bis 4 gleiche Höchstzahlen oder Stimmenzahlen vorliegen, entscheidet, wenn nichts anderes bestimmt ist, daß vom Vorsitzenden des OGWA zu ziehende Los.
- (6) Der OGWA hat das Wahlergebnis der Wahl zu den Organen festzustellen. Der Wahlleiter macht das Wahlergebnis im Einvernehmen mit dem OGWA unverzüglich öffentlich bekannt; dabei ist auf die Möglichkeit hinzuweisen, nach § 21 Einspruch einzulegen unter Angabe der Einspruchsfrist und der Stelle, bei der Einspruch einzulegen ist. Die gewählten Mitglieder und die Ersatzleute im Falle ihres Nachrückens sind vom OGWA schriftlich zu benachrichtigen.
- (7) Im Falle einer Nach-, Ergänzungs- und Neuwahl finden die Bestimmungen des § 18 der Niedersächsischen Hochschulwahlverordnung Anwendung.

§ 19

Niederschriften

- (1) Niederschriften sind zu fertigen über Sitzungen des Wahlausschusses und der örtlichen Wahlausschüsse sowie über den Gang der Wahlhandlung.
- (2) Die Niederschrift muß Ort und Zeit der Sitzung bzw. Wahlhandlung, die Namen der Sitzungsteilnehmer und Aufsichtsführenden mit der Zeit ihrer Anwesenheit, die Tagesordnung, den Verlauf der Sitzung oder Wahlhandlung und alle Beschlüsse, Zähl- und Wahlergebnisse und besonderen Vorkommnisse enthalten. Die Niederschriften sind von dem Vorsitzenden des OGWA zu unterzeichnen.
- (3) Die Stimmzettel, Wahlscheine und sonstigen Wahlunterlagen sind nach Feststellung des Wahlergebnisses zu bündeln und der Niederschrift über die Wahlhandlung und Auszählung beizufügen.
- (4) Die Niederschriften nebst Anlagen hat der OGWA aufzubewahren. Die Wahlunterlagen dürfen erst nach Ablauf der Wahlperiode vernichtet werden. Die Vernichtung ist aktenkundig zu machen.

§ 20

Fristen

Fristen laufen nicht ab an Tagen, die für alle von der Wahl betroffenen Studierenden vorlesungsfrei sind.

§ 21

Wahlprüfung

- (1) Die Wahl kann durch schriftlichen Einspruch, der die Gründe angeben muß, binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses angefochten werden.
- (2) Der Einspruch kann nicht mit der Unrichtigkeit des Wählerverzeichnisses begründet werden.
- (3) Der Einspruch gegen die Wahl ist beim ÜGWA zu erheben. Der ÜGWA entscheidet unverzüglich über den Einspruch. Der Einsprucherhebende und der FSWA bzw. der FGWA sind zu hören. Begnügt sich der Einsprucherhebende nicht mit der Entscheidung, so kann er innerhalb von 7 Tagen nach der Entscheidung des ÜGWA das SP anrufen.

§ 22

Beginn und Ende der Amtszeit; Nachrücken

- (1) Die Amtszeit der Mitglieder in den Organen der Studentenschaft beginnt jeweils am 1. April und endet jeweils am 31. März.
- (2) Die Amtszeit der Mitglieder, die als Ersatzleute nachrücken, beginnt mit der Feststellung des Nachrückens. Ihre Amtszeit endet mit der Beendigung der Amtszeit der übrigen Mitglieder des Kollegialorgans.

§ 23

Stellvertretung

Die Mitglieder der Organe nach § 22 werden im Falle ihrer Verhinderung von den nichtgewählten Bewerbern vertreten, die im Falle des vorzeitigen Ausscheidens von Mitgliedern als Ersatzleute nachrücken würden.

§ 24

Aufhebung der bisherigen Wahlordnung

Die bisherige Wahlordnung der Wahlen zum Studentenparlament und zu den Fachschaftsräten der Technischen Universität Braunschweig tritt mit Ablauf des Tages vor dem Inkrafttreten dieser Wahlordnung außer Kraft.

§ 25

Inkrafttreten

Diese Wahlordnung tritt gemäß § 50 (7) Satz 4 sowie gemäß § 50 (2) in Verbindung mit § 76 (4) NHG am Tage ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.